

Anwalt der Gaza-Opfer widerlegt westliche Kritik an IStGH-Haftbefehlen für Netanjahu, Gallant - 1/2

Das Transkript gibt möglicherweise aufgrund der Tonqualität oder anderer Faktoren den ursprünglichen Inhalt nicht wortgenau wieder.

Talia Baroncelli (TB): Hallo, ich bin Talia Baroncelli und Sie schauen theAnalysis.news. Ich freue mich sehr über unseren heutigen Gast, den internationalen Anwalt Triestino Mariniello, der die Opfer im Gazastreifen vor dem IStGH vertritt. Natürlich wird er über die jüngsten [Haftbefehle](#) gegen den israelischen Premierminister Benjamin Netanjahu und den ehemaligen Verteidigungsminister Yoav Gallant sprechen. Wenn Ihnen dieser Inhalt gefällt und Sie uns unterstützen möchten, können Sie über unsere Website theAnalysis.news spenden. Klicken Sie dazu auf den Spenden-Button in der oberen rechten Ecke des Bildschirms. Vergewissern Sie sich, dass Sie Teil unserer Mailingliste sind. So können wir alle unsere neuen Inhalte direkt an Ihren Posteingang senden. Sie können die Sendung auf unserem YouTube-Kanal oder über Podcast-Streaming-Dienste wie Spotify oder Apple abonnieren und liken. In diesem Sinne, beginnen wir mit Professor Mariniello.

Ich freue mich sehr, dass Triestino Mariniello heute bei uns ist. Er ist Professor für Rechtswissenschaften an der Liverpool John Moores University und einer der Rechtsvertreter der Opfer von Gaza vor dem IStGH. Es ist wirklich toll, dass Sie heute hier sind, Triestino. Vielen Dank.

Triestino Mariniello (TM): Vielen Dank für die Einladung, Talia.

TB: Sehr gerne. Ich wollte mit Ihnen über die Haftbefehle des Internationalen Strafgerichtshofs sprechen, die kürzlich gegen Premierminister Benjamin Netanjahu und den ehemaligen Verteidigungsminister Yoav Gallant erlassen wurden. Außerdem natürlich auch gegen Mohammed Al-Masri, auch bekannt als Deif, von dem einige vermuten, dass er inzwischen verstorben ist, was jedoch noch nicht bestätigt wurde. Warum sprechen wir nicht zunächst über die rechtlichen Auswirkungen dieses Haftbefehls und gehen dann darauf ein, wie Länder wie Israel und Deutschland das Verfahren tatsächlich blockiert haben.

TM: Zunächst zu den rechtlichen Auswirkungen: Darüber wurde in diesen Tagen bereits viel diskutiert. Die unmittelbarste rechtliche Auswirkung besteht darin, dass alle Vertragsstaaten

des Internationalen Strafgerichtshofs, derzeit 124 Staaten, und ab dem 1. Januar 2015, da die Ukraine im Januar offiziell Vertragsstaat des Römischen Statuts wird, gemäß dem Römischen Statut des Internationalen Strafgerichtshofs gesetzlich verpflichtet sind, mit dem IStGH zusammenzuarbeiten.

Die Pflicht zur Zusammenarbeit umfasst auch die rechtliche Verpflichtung, Haftbefehle zu vollstrecken. Was bedeutet das in der Praxis? Es bedeutet, dass die Behörden der Vertragsstaaten des Römischen Statuts die rechtliche Verpflichtung haben, Netanjahu und Gallant zu verhaften und an Den Haag auszuliefern, sollten sie eines dieser Länder besuchen.

Um es noch einmal klar zu verdeutlichen: Ich habe es bereits mehrfach gesagt, aber es handelt sich um eine rechtliche Verpflichtung, denn wir haben in den letzten Tagen vor allem von einigen westlichen Staaten immer wieder gehört, dass sie in Bezug auf die Haftbefehle von politischem Ermessen sprechen. Wenn wir von Vertragsstaaten sprechen, d. h. von allen EU-Mitgliedstaaten, die das Römische Statut ratifiziert haben, gibt es kein politisches Ermessen. Sie sind rechtlich dazu verpflichtet. Sollten sie eines dieser Länder besuchen, muss die Festnahme erfolgen. Andernfalls verstoßen sie gegen das Römische Statut.

TB: Wir haben auch kürzlich vom Sprecher des US-Außenministeriums, Matt Miller, gehört, dass die Vertragsstaaten des Römischen Statuts nach eigenem Ermessen entscheiden können, ob sie diese Haftbefehle anwenden oder nicht, was, wie Sie gerade dargelegt haben, offensichtlich falsch ist. Aber ein weiterer Punkt, den die USA ständig anführen, wenn es um die Untergrabung der Zuständigkeit des IStGH geht, ist die Frage der Komplementarität. Sie sagen, dass demokratische Länder ihre eigenen unabhängigen Ermittlungen einleiten können und dass der IStGH nur als letztes Mittel eingreifen und eigene Ermittlungen einleiten kann. Daher erst, wenn dieses bestimmte demokratische Land seine eigenen Ermittlungen abgeschlossen hat. Können Sie erklären, warum das hier eigentlich nicht der Fall ist?

TM: Wir haben viel zu besprechen, unter anderem geht es auch um Komplementarität. Komplementarität ist der Eckpfeiler des Römischen Statuts des Internationalen Strafgerichtshofs, was bedeutet, dass der Gerichtshof nur in Fällen eingreifen kann, in denen Staaten mit primärer Gerichtsbarkeit nicht willens oder nicht in der Lage sind, ordnungsgemäße Ermittlungen durchzuführen. Der Gerichtshof interveniert nur, wenn es aufgrund mangelnder Bereitschaft oder Unfähigkeit der Staaten zu einem Versagen kommt.

Insbesondere greift der Gerichtshof gemäß der Rechtsprechung des Internationalen Strafgerichtshofs ein, sofern die nationalen Behörden nicht gegen dieselbe Person aufgrund derselben Handlungen ermitteln, die auch vom Internationalen Strafgerichtshof untersucht werden.

Beginnen wir mit dieser viel diskutierten Rhetorik des israelischen Justizsystems, das bereit und in der Lage sei, echte Ermittlungen einzuleiten. Tatsächlich entspricht dies im Allgemeinen nicht der Realität. Das israelische Justizsystem ist, wie von den unabhängigen Untersuchungskommissionen der Vereinten Nationen ausführlich dokumentiert wurde, absolut nicht bereit, israelische Militär- und politische Führer wegen schwerer Verbrechen

gegen Palästinenser zu ermitteln und strafrechtlich zu verfolgen. Das ist nicht nur meine Vermutung. Dies ist, wie gesagt, umfassend dokumentiert, beispielsweise durch mehrere internationale, sogar israelische Menschenrechtsorganisationen und insbesondere durch die unabhängigen Untersuchungskommissionen der Vereinten Nationen, die ausführlich dargelegt haben, dass das israelische Justizsystem bei Verbrechen gegen Palästinenser das Ziel verfolgt, israelische Beamte zu schützen und vor Strafverfolgung und Gerechtigkeit zu bewahren. Ihre Aufgabe besteht nicht wirklich darin, für Gerechtigkeit zu sorgen.

In diesem speziellen Fall von Netanyahu und Gallant müssen wir zunächst einmal diesen Kontext berücksichtigen. Also den Kontext eines innerstaatlichen Justizsystems, das willens und wahrscheinlich sogar nicht in der Lage ist, eine Strafverfolgung einzuleiten, was auf mangelnde Unparteilichkeit und Unabhängigkeit zurückzuführen ist. Wir sprechen insbesondere vom Militärjustizsystem, das für diese Art von Fällen zuständig wäre. Aber dann erklärt der IStGH auch, dass die innerstaatliche Gerichtsbarkeit sich mit derselben Person bei demselben Verhalten befassen muss.

Der IStGH analysiert in diesem Fall, ob in Israel Verfahren gegen Netanyahu und Gallant aufgrund derselben Handlungen, die untersucht werden, eingeleitet wurden. Zum Beispiel aufgrund von Aushungerung oder der Durchführung vorsätzlicher Angriffe gegen Zivilisten, und so etwas existiert in Israel nicht. Auch in den vorherigen Kriegen gab es nie Fälle, in denen vorsätzliche Angriffe gegen Zivilisten umfassend dokumentiert wurden. Ich beziehe mich zum Beispiel auf die Militäroperation „Protective Edge“ von 2014, bei der ein israelisch politisch-militärischer Anführer, nie wegen Verbrechen gegen palästinensische Opfer untersucht oder strafrechtlich verfolgt wurde. Deshalb gilt hier das Prinzip der Komplementarität, was auf die mangelnde Bereitschaft und höchstwahrscheinlich auch Unfähigkeit der nationalen Behörden zurückzuführen ist, Ermittlungen gegen Netanyahu und Gallant einzuleiten und diese strafrechtlich zu verfolgen.

TB: Ich würde gerne eine [Erklärung der IStGH-Website](#) vorlesen, damit Interessierte sie nachlesen können. Sie stammt vom 21. November und ist eine Erklärung des IStGH -Anklägers Karim Khan. Er sagte, ich zitiere:

„In Bezug auf den israelischen Premierminister Benjamin Netanjahu und den ehemaligen israelischen Verteidigungsminister Yoav Gallant haben die Richter des Internationalen Strafgerichtshofs festgestellt, dass es hinreichende Gründe für die Annahme gibt, dass beide als direkte Täter gemeinsam mit anderen das Kriegsverbrechen der Aushungerung als Methode der Kriegsführung und Verbrechen gegen die Menschlichkeit durch Mord, Verfolgung und andere unmenschliche Handlungen begangen haben. Die Kammer hat außerdem Grund zu der Annahme, dass sie als Vorgesetzte für das Kriegsverbrechen der vorsätzlichen Anweisung zu Angriffen gegen Zivilisten verantwortlich sind.“

Im Wesentlichen sagen Sie damit, dass die angeblich unabhängige israelische Justiz die Verbrechen, die Netanjahu und Gallant hier vorgeworfen werden, nicht untersucht.

TM: Sie ermitteln nicht im Geringsten. Es herrscht Tatenlosigkeit. Wenn die inländischen Behörden untätig bleiben, reicht dies aus, um das Eingreifen des Internationalen Strafgerichtshofs auszulösen. Wie ich bereits erwähnt habe, müssen wir nicht die Unfähigkeit oder den Willen beurteilen. Aber selbst wenn die innerstaatliche Gerichtsbarkeit Fälle untersuchen würde, die unter eines der von Ihnen erwähnten Verbrechen fallen, wäre das nicht ausreichend. Diese Untersuchung sollte sich auf Netanyahu und Gallant beziehen, nicht auf irgendeine andere Person in Israel. Nur wenn die nationalen Behörden eine tatsächliche nationale Untersuchung einleiten, d. h. eine unparteiische und unabhängige Untersuchung, und ein Strafverfahren gegen Netanyahu und Gallant wegen desselben Verhaltens einleiten, wäre dies ausreichend.

Israel wird die Möglichkeit haben, vor dem Internationalen Strafgerichtshof die Zulässigkeit anzufechten. Mit anderen Worten, zu argumentieren, dass sie generell Ermittlungen einleiten. Dies war jedoch bisher bei keinem der schwersten Verbrechen gegen Palästinenser der Fall. Wir sprechen über Gaza, aber dasselbe gilt für das Westjordanland.

Ich habe bereits die Militäroperation 2014 in Gaza erwähnt, die Operation „Protective Edge“. Die Kommission für Kriegsverbrechen, zumindest von Seiten der israelischen Behörden in diesem Zusammenhang, hat umfangreiche Dokumentationen erstellt, auch die unabhängigen Untersuchungskommissionen der Vereinten Nationen. Niemand wurde jemals wegen der Begehung dieser Verbrechen strafrechtlich verfolgt oder zumindest untersucht. Nur einige Soldaten wurden für den Diebstahl einer Kreditkarte im Gazastreifen zu dieser Zeit verurteilt. Das gibt bereits eine klare Vorstellung von diesem angeblich unabhängigen und unparteiischen System, das von einigen Staaten häufig eingesetzt und missbraucht wird, um ein Eingreifen der Gerichte zu verhindern.

TB: Wenn wir über die Nutzung und den Missbrauch des Gerichtssystems sprechen, können wir auch über die Deutschen und die Israelis sprechen. Deutschland hat versucht, das Verfahren hinauszuzögern. Israel hat außerdem die Zuständigkeit des Gerichts in Frage gestellt. Können Sie uns etwas über die Vorgehensweise dieser beiden Länder erzählen, um das Verfahren und die Ermittlungen hinauszuzögern?

TM: Das gilt nicht nur für diese Länder. Wir müssen hier einige Schritte zurückgehen, und zwar zu dem Zeitpunkt, als die Staatsanwaltschaft am 20. Mai 2024 die Ausstellung von Haftbefehlen gegen drei Hamas-Führer und zwei israelische Politiker, Netanjahu und Gallant, ankündigte. Nach einigen Wochen beschlossen die britischen Behörden, in das Verfahren einzugreifen. In gewisser Weise stellten sie die Zuständigkeit des Gerichts in Frage. Sie argumentieren, dass das Gericht nicht zuständig sei. Damit gaben sie zu verstehen, dass das Gericht aufgrund der Oslo-Abkommen, also der Abkommen zwischen Palästina und Israel, nicht für israelische Staatsangehörige zuständig sei. Mit anderen Worten argumentieren sie, dass Palästina, da es keine Strafgerichtsbarkeit über israelische Staatsangehörige ausüben kann, diese Zuständigkeit nicht an den Internationalen Strafgerichtshof delegieren kann.

Überraschenderweise erlaubte die Kammer dann den britischen Behörden, sich in diese Verfahren einzuschalten, und das war ziemlich erstaunlich. Ich spreche hier als Rechtsvertreter der Opfer, denn es gab eine klare Einmischung in die Gerichtsverfahren durch einen Staat, der sich zumindest unter der vorherigen Regierung, der Tory-Regierung, immer gegen die Ermittlungen im israelisch-palästinensischen Kontext ausgesprochen hat. Aber als die neue Regierung unter [Keir] Starmer einen solchen Antrag stellte, erlaubte das Gericht einer langen Liste von Staaten, darunter auch Deutschland, wie Sie bereits erwähnt haben, aber auch den USA, die bekanntlich keine Vertragsstaaten des Römischen Statuts sind, ihre Amici Curiae einzureichen und viele Fragen aufzuwerfen, die sich nicht nur auf die Gerichtsbarkeit im Rahmen der Oslo-Abkommen beschränkten, sondern auch auf die Komplementarität und den Mangel an Beweisen, was wirklich schwer zu verstehen ist, da die Anträge auf Haftbefehle ebenso geheim sind wie die Haftbefehle selbst. Es ist unmöglich zu wissen, welche Beweise der Staatsanwalt vorlegt. Selbst die Opfer, die Teil des Verfahrens sind, haben keinen Zugang zu den vom Staatsanwalt vorgelegten Beweisen.

Dies war ein Versuch von Staaten, aber auch von einer Reihe von Organisationen und einzelnen Experten, das Eingreifen des Gerichts zu verhindern. Die meisten Staaten verwenden politische Argumente. Zurück zu Deutschland: Deutschland hat überraschenderweise das Argument vorgebracht, dass das Gericht bei einem bewaffneten Konflikt nicht eingreifen kann. Wenn das Gericht hier die Behauptung der deutschen Behörden akzeptieren würde, dann müssten die meisten Fälle und Situationen vor dem IStGH ab morgen eingestellt werden, da sie natürlich in dem Kontext stehen, in dem diese Verbrechen begangen wurden.

Dann wiederum hat sich Israel überraschenderweise zum ersten Mal überhaupt für eine Intervention entschieden, was auch eine de facto Anerkennung des Gerichts selbst, der Legitimität des Gerichts, darstellt. Bisher hatte Israel sich immer dafür entschieden, sich dem Gericht zu entziehen und keine Rolle zu übernehmen, aber gleichzeitig nutzte es einige andere Organisationen, seine politischen Verbündeten, und auch sogenannte Stellvertreter, um vor dem Gericht zu intervenieren. Aber dieses Mal intervenierte Israel und stellte zunächst einmal die Zuständigkeit des Gerichts in Frage. Dies wurde jedoch genau an dem Tag abgelehnt, an dem das Gericht die Haftbefehle erließ. Die Kammer wies beide von den israelischen Behörden eingereichten Anfechtungen zurück. Um ehrlich zu sein, all diese Anträge von Seiten der Staaten, die das Gericht aufforderten, nicht zu intervenieren – denn es gibt eine lange Liste von Staaten, die ebenfalls Vorwürfe erhoben und das Gericht um ein Eingreifen baten, mit der Begründung, dass das Gericht zuständig sei – führten jedoch politische oder unbegründete rechtliche Argumente an. Es besteht der Verdacht, dass die Taktik darin bestand, die Ausstellung der Haftbefehle zu verzögern, dieselbe Taktik der israelischen Behörde, die zu einem bestimmten Zeitpunkt in gewissem Maße auch die Unparteilichkeit und Unabhängigkeit eines der drei Richter in Frage stellte, aber auch dies hat sich als völlig unbegründet erwiesen. Deshalb konnte das Gericht mit der Ausstellung der Haftbefehle voranschreiten.

TB: Ich wollte Sie nach den Beweisen fragen, auf denen dieser Fall basiert. Wenn ich das richtig verstanden habe, beginnt er am 7. Oktober, dem Tag, an dem die Hamas ihre Angriffe begann, und setzt sich dann mit Israels Angriffen auf die Palästinenser und seinem völkermörderischen Krieg fort. Aber er endet am 20. Mai, glaube ich. Warum ist das so?

TM: Weil das die Beweislage ist. Das Gericht stellt eindeutig fest, dass diese Verbrechen mindestens bis zum 20. Mai begangen wurden, denn an diesem Tag hat die Staatsanwaltschaft die Haftbefehle beantragt. Natürlich ist die Staatsanwaltschaft jetzt in der idealen Position, weitere Beweise für die anhaltende Begehung dieser Verbrechen vorzulegen, aber auch für andere Verbrechen, die nicht enthalten sind. Darüber können wir auch sprechen. Die Ermittlungen und die Anträge auf Haftbefehle sowie die Ausstellung von Haftbefehlen wurden von den palästinensischen Opfern sehr begrüßt. Unserer Meinung nach ist der Umfang der Ermittlungen jedoch immer noch zu gering, da eine lange Liste umfassend dokumentierter Verbrechen gegen Palästinenser, insbesondere im Gazastreifen, nicht berücksichtigt wird. Wir diskutieren darüber, aber wir könnten auch leicht das Westjordanland, einschließlich Ost-Jerusalem, einbeziehen.

Zum Beispiel kommt im Gazastreifen die Zwangsumsiedlung von fast zwei Millionen Menschen in einem Kontext, in dem es keinen sicheren Ort gibt, einem Verbrechen gegen die Menschlichkeit und auch einem Kriegsverbrechen nach dem Internationalen Strafgerichtshof gleich und wurde in diesen 13 Monaten umfassend dokumentiert. Warum wird dies nicht in die Untersuchung einbezogen? Das ist ziemlich überraschend.

Das Gleiche gilt für die Verbrechen gegen die palästinensischen Häftlinge im Gazastreifen. Auch hier gibt es umfangreiche Dokumentationen über Folter und unmenschliche Behandlung. Wir würden erwarten, dass sich die Untersuchung auch darauf erstreckt. Genauso würde sich die Untersuchung aber auch auf den Völkermord erstrecken. Wir können noch einmal auf den Internationalen Gerichtshof zurückkommen. Das Verhalten, das die Kammer in ihren Haftbefehlen diskutiert, umfasst Verhaltensweisen, in deren Rahmen beispielsweise Hunger als Maßnahme eingesetzt werden kann, um die gesamte oder einen Teil der geschützten Gruppe der Palästinenser zu eliminieren, sofern eine genozidale Absicht besteht. Wir sind fest davon überzeugt, dass diese genozidale Absicht besteht, wie bereits vor dem Internationalen Gerichtshof erörtert wurde. Wir würden erwarten, dass die Staatsanwaltschaft ihre Ermittlungen auf dieses Verbrechen ausdehnt.

TB: Ich möchte kurz auf einige Aspekte des Gerichts aus dem Jahr 2009 eingehen und erläutern, wie Opfer israelischer Militäroperationen im Gazastreifen, im Westjordanland und in Ostjerusalem versucht haben, ihren Fall vor dem IStGH zu verhandeln und die Zuständigkeit des Gerichts anzuerkennen. Dies begann 2009 nach der israelischen Militäroperation „Gegossenes Blei“, allerdings glaube ich, dass der IStGH Palästina erst 2014 und dann offiziell 2015 in Papierform als Staat anerkannt hat und somit für Angelegenheiten in diesem bestimmten Gebiet zuständig ist. Könnten Sie etwas zu dieser Verzögerung seitens des Gerichts sagen, das zunächst erklärte, Palästina erfülle nicht die Anforderungen an die Eigenstaatlichkeit?

TM: Dies ist meiner Meinung nach ein wichtiger Punkt, da er uns auch die Möglichkeit gibt, die aktuelle Untersuchung und den aktuellen Haftbefehl in einen größeren Kontext zu stellen. Als Anwalt können wir in diesem Fall den Kontext vor dem Internationalen Strafgerichtshof nicht ignorieren. Tatsächlich wird nur unzureichend darüber berichtet, dass die Situation in Palästina, wie Sie richtig sagten, im Jahr 2009 begann, nicht am 7. Oktober; und auch, um die Rhetorik zu dekonstruieren, dass alles am 7. Oktober begann.

Warum 2009? 2009 gab es eine weitere Militäroperation im Gazastreifen, bei der Tausende Zivilisten getötet wurden, und zwar die Operation „Gegossenes Blei“. Damals beschloss Palästina, die Zuständigkeit des Internationalen Strafgerichtshofs anzuerkennen, was jeder nichtstaatlichen Partei möglich ist, indem sie die Zuständigkeit anerkennt. Selbst wenn man keine staatliche Partei ist, ermöglicht man dem Gericht, einzugreifen, indem man diese Zuständigkeit anerkennt. Der damalige Ankläger des Internationalen Strafgerichtshofs, der argentinische Anwalt Luis Moreno-Ocampo, brauchte drei Jahre, um eine Entscheidung von nicht mehr als zwei Seiten zu treffen, in der er eigentlich sagte, dass er die Frage nicht beantworten könne. Ich übertreibe, aber das ist in etwa die Bedeutung dessen, ob Palästina ein Staat ist oder nicht, nach dem Statut des Internationalen Strafgerichtshofs.

In [unverständlich 00:19:34], als der Staatsanwalt mit den Experten, der Zivilgesellschaft und den Staaten über dieses Thema diskutierte, und überraschenderweise im Gegensatz zu den Bestimmungen des Römischen Statuts beschloss er, dieses Thema an politische Gremien zu delegieren, nämlich die Generalversammlung der Vereinten Nationen und die Versammlung der Vertragsstaaten des IStGH, die politische Gremien sind. Die Frage war, warum dieses Thema nicht vor der zuständigen Justizbehörde, die nach dem Römischen Statut die Vorverfahrenskammer ist, angesprochen wurde. Dies war die Entscheidung im Jahr 2012, drei Jahre nach der Anerkennung der Gerichtsbarkeit.

Im November 2012 nahm die Generalversammlung mit großer Mehrheit Stellung zu diesem Thema, indem sie die Eigenstaatlichkeit Palästinas anerkannte, in diesem Fall als Nichtmitgliedstaat der Generalversammlung mit Beobachterstatus. Dann erwarteten alle, dass ein Staatsanwalt die Ermittlungen einleiten würde, da diese Frage beantwortet war, aber er ignorierte die Entscheidung der Generalversammlung völlig.

Gehen wir zurück ins Jahr 2014. Im Juli 2014 gab es eine weitere Militäroperation, die bereits erwähnte Operation „Protective Edge“. Wieder wurden Tausende Zivilisten von den israelischen Behörden in Gaza getötet. Danach akzeptierte Palästina erneut die Zuständigkeit des Internationalen Strafgerichtshofs, ging aber diesmal noch einen Schritt weiter. Zum ersten Mal ratifizierte es auch das Statut des Internationalen Strafgerichtshofs. Der Staat Palästina befolgte das korrekte Verfahren. Im Jahr 2015 wurde es von der Versammlung der Vertragsstaaten des IStGH als Vertragsstaat aufgenommen und auch in das Büro der Versammlung der Vertragsstaaten aufgenommen, das die Aufsicht über die Aktivitäten der Versammlung der Vertragsstaaten ausübt.

TB: Können Sie erklären, wer das ist? Ist es eine Kammer oder entscheiden mehrere Richter?

TM: Es ist der Staat. Es ist die Versammlung aller Staaten, die das Römische Statut ratifiziert haben. Es wurde 2015 aufgenommen und beteiligte sich an allen Wahlen der Versammlung der Vertragsstaaten. Es war ein Geberstaat. Ich meine, mit allen Rechten und Pflichten der Vertragsstaaten. Ende 2019 verkündete die ehemalige Staatsanwältin des IStGH, Fatou Bensouda, die zweite Staatsanwältin, den Abschluss ihrer Voruntersuchung und sagte: „Wir haben genügend Beweise für Kriegsverbrechen, die von der israelischen Behörde und palästinensischen bewaffneten Gruppen im Jahr 2014 während der Militäroperation Protective Edge begangen wurden. Es ging um den großen Marsch der Rückkehr durch die palästinensischen Behörden und um die Siedlungen als Kriegsverbrechen im Westjordanland.“

Die Staatsanwältin, die ehemalige Staatsanwältin, beschloss, keine offizielle Untersuchung einzuleiten, sondern die Frage der palästinensischen Staatlichkeit erneut vor der Kammer zu erörtern, diesmal richtigerweise vor der Kammer. Ehrlich gesagt bestand dazu keine Notwendigkeit, da dies bereits kodifiziert worden war. Sie beschloss, diese Angelegenheit vor der Kammer zur Sprache zu bringen und der Kammer die folgenden Fragen zu stellen: Ist Palästina ein Staat im Sinne des Römischen Statuts? Zweitens: Was verstehen wir unter palästinensischem Gebiet? Im Februar 2021 erließ die Kammer eine Entscheidung. In dieser Entscheidung heißt es: „Palästina ist ein Staat im Sinne des Römischen Statuts, und das Gebiet Palästinas umfasst das Westjordanland, einschließlich Ost-Jerusalem und den Gazastreifen.“ Dort kann also unsere Gerichtsbarkeit ausgeübt werden. Angesichts dieser Entscheidung war es überraschend, dass die Frage der Gerichtsbarkeit vor einigen Monaten erneut aufgeworfen wurde, wie ich bereits erwähnt habe.

TB: Ich frage mich dies auch, weil es viele Berichte gibt, die zeigen, dass die Israelis tatsächlich ehemalige Staatsanwälte und [Fatou] Bensouda ausspioniert haben. Vielleicht hat das die ehemalige IStGH-Staatsanwältin Bensouda dazu veranlasst, die Ermittlungen schneller einzuleiten. Wie Sie sagten, wandte sie sich dann, anstatt die Ermittlungen über die Frage der Zuständigkeit einzuleiten, wieder an die eigentlichen Richter des IStGH. [John Bolton](#) zum Beispiel, der zu dieser Zeit Teil der Trump-Administration war, drohte mit Sanktionen gegen den IStGH. Ich glaube, das hing mit dem Fall Afghanistan zusammen, denn Bensouda wollte eine Untersuchung des Verhaltens der USA in Afghanistan einleiten. Könnten Sie etwas zu den Auswirkungen dieser Einschüchterung sagen?

TM: Was den letzten Punkt betrifft, so hat die Trump-Regierung eine Anweisung erlassen, die in den USA im Allgemeinen eine Notstandsgesetzgebung darstellt, die von den USA gegen internationale Drogenhändler oder gegen Menschenrechtsverletzer, gegen schwere Menschenrechtsverletzer, eingesetzt wird. Zum ersten Mal wurde sie gegen eine Amtsperson einer internationalen Organisation, die Staatsanwältin, und ihre Mitarbeiter verwendet, wodurch Wirtschaftssanktionen verhängt und ihre Bewegungsfreiheit in den USA eingeschränkt wurden. Natürlich wissen wir nicht, welche Auswirkungen diese Sanktionsdrohungen auf die Arbeit der Staatsanwältin hatten. Uns ist bekannt, dass die

ehemalige Staatsanwaltschaft äußerst mutig war, als die Voruntersuchung abgeschlossen wurde, was zu diesem Zeitpunkt eine beispiellose Entscheidung war. Wir haben gesehen, was der ehemalige Staatsanwalt Ocampo tat, höchstwahrscheinlich auch unter Druck der USA, wie einige palästinensische Menschenrechtsverteidiger berichteten, die an einem Treffen mit ihm teilnahmen.

Ich halte es für äußerst wichtig, dass eine unabhängige Untersuchung durchgeführt wird, um die möglichen Auswirkungen solcher Drohungen zu beleuchten. In diesem Fall sollte eine unabhängige Untersuchung stattfinden, die von der Versammlung der Vertragsstaaten oder vom Präsidium des Internationalen Strafgerichtshofs gefordert oder beantragt wird, da dies für den Gerichtshof selbst von Vorteil wäre. Licht ins Dunkel zu bringen, was in den Jahren geschah, nachdem der *Guardian* und +972 ausführlich über diese Drohungen berichtet hatten, die auch den ehemaligen Mossad-Direktor und Drohungen gegen Bensouda und ihren Ehemann beinhalteten. Das wird von entscheidender Bedeutung sein, denn es stimmt, dass die Voruntersuchung eng war, aber dennoch wurde die Situation der Palästina-Untersuchung im Vergleich zu anderen Situationen als Ausnahme behandelt. Dies ist eine Überweisung an die Vorverfahrenskammer, die die Untersuchung verzögert hat.

Zum Beispiel wurde während der Amtszeit von Bensouda, als sie noch die ehemalige Staatsanwältin am IStGH war, der sogenannte Flotilla-Fall ohne Untersuchung abgeschlossen. Der Flotilla-Fall, daran werden sich viele erinnern, war ein Angriff der israelischen Verteidigungskräfte (IDF) auf die Freedom Flotilla, die versuchte, humanitäre Hilfe in den blockierten Gazastreifen zu bringen. Dies geschah vor dem 7. Oktober. Aktivisten, türkische Aktivisten, wurden von den israelischen Streitkräften getötet. Sehr überraschend erklärte die Staatsanwaltschaft unter Bensouda: „Wir haben genügend Beweise, um zu dem Schluss zu kommen, dass die israelischen Streitkräfte in diesem Fall Kriegsverbrechen begangen haben, aber diese Kriegsverbrechen sind nicht schwerwiegend genug, um ein Eingreifen des Internationalen Strafgerichtshofs zu rechtfertigen.“

Das Problem ist, dass die Staatsanwaltschaft den Begriff der Schwere als Kriterium herangezogen hat, der sehr zweideutig ist. Gleichzeitig hatte die Staatsanwaltschaft Ermittlungen gegen andere Personen eingeleitet, bei denen es eine geringe Zahl von Opfern gab. Im Vergleich zu anderen Fällen war dies umso überraschender. Viele Experten, darunter auch ich, kamen zu dem Schluss, dass es sich hierbei um eine politische und nicht um eine rechtliche Entscheidung handelte.

TB: Das war Teil eins meines Gesprächs mit Triestino Mariniello. In Teil zwei werden wir uns damit befassen, wie die USA internationale Rechtsnormen untergraben, während sie gleichzeitig behaupten, dass sie die sogenannte regelbasierte internationale Ordnung weiterhin unterstützen. Bis zum nächsten Mal.

ENDE

Vielen Dank, dass Sie diese Abschrift gelesen haben. Bitte vergessen Sie nicht zu spenden, um unseren unabhängigen und gemeinnützigen Journalismus zu unterstützen:

BANKKONTO: Kontoinhaber: acTVism München e.V. Bank: GLS Bank IBAN: DE89430609678224073600 BIC: GENODEM1GLS	PAYPAL: E-Mail: PayPal@acTVism.org	PATREON: https://www.patreon.com/acTVism	BETTERPLACE: Link: Klicken Sie hier
---	--	--	---

Der Verein acTVism Munich e.V. ist ein gemeinnütziger, rechtsfähiger Verein. Der Verein verfolgt ausschließlich und unmittelbar gemeinnützige und mildtätige Zwecke. Spenden aus Deutschland sind steuerlich absetzbar. Falls Sie eine Spendenbescheinigung benötigen, senden Sie uns bitte eine E-Mail an: info@acTVism.org